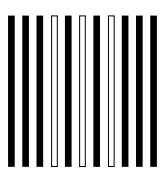


Bündnis gegen den Schnüffelstaat 3000 Bern

Geschäftsantwortsendung Invio commercial-réponse

Nicht frankieren
Ne pas affranchir
Non affrancare



Referendum gegen das Nachrichtendienstgesetz (NDG) vom 25. September 2015

Im Bundesblatt veröffentlicht am 06.10.2015

Die unterzeichnenden stimmberechtigten Schweizer Bürgerinnen und Bürger verlangen, gestützt auf Art. 141 der Bundesverfassung und nach dem Bundesgesetz vom 17. Dezember 1976 über die politischen Rechte, Art. 59a-66, dass das Nachrichtendienstgesetz (NDG) vom 25. September 2015 der Volksabstimmung unterbreitet werde.

Auf dieser Liste können nur Stimmberechtigte unterzeichnen, die in der genannten politischen Gemeinde in eidgenössischen Angelegenheiten stimmberechtigt sind. Bürgerinnen und Bürger, die das Begehren unterstützen, mögen es handschriftlich unterzeichnen.

Wer bei einer Unterschriftensammlung für ein Referendum fälscht, macht sich strafbar nach Art. 281 beziehungsweise nach Art. 282 des Strafgesetzbuches.

Nr.	Vorname und Name (Handschriftlich, möglichst in Blockschrift)	Geburtsdatum (Tag/Monat/Jahr)	Wohnadresse (Strasse und Hausnummer)
1			
2			
3			

Ablauf der Referendumsfrist: 14.01.2016

Die unterzeichnete Amtsperson bescheinigt hiermit, dass obenstehende _____ (Anzahl) Unterzeichnerinnen und Unterzeichner in eidgenössischen Angelegenheiten stimmberechtigt sind und ihre politischen Rechte in der erwähnten Gemeinde ausüben.

Ort: _____ Eigenhändige Unterschrift: _____
 Datum: _____ Amtliche Eigenschaft: _____

Amtsstempel

Die Liste ist vollständig oder teilweise ausgefüllt zurückzusenden bis spätestens 15.12.2015 an das Referendumskomitee: Bündnis gegen den Schnüffelstaat, 3000 Bern, PC 61-438861-2, das für die Stimmrechtsbescheinigung besorgt sein wird.

Weitere Unterschriftenlisten können bezogen werden über: <https://www.nachrichtendienstgesetz.ch>
 Blatt bitte falten und mit Klebeband hier zukleben.

5 Gründe gegen den Ausbau der Überwachung durch das neue Nachrichtendienstgesetz

Unverhältnismässig: Nach dem Fichenskandal in den Neunzigerjahren wurden die Kompetenzen des Nachrichtendienstes bewusst reduziert. Die nun neu geplanten Überwachungsmaßnahmen sind massive Eingriffe in die Grundrechte, wie den Schutz der Privatsphäre und die freie Meinungsäußerung, die in der Bundesverfassung und in der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) garantiert sind.

Irreführend: Alle werden überwacht, nicht nur wenige Verdächtige, wie häufig behauptet wird. Die Vorratsdatenspeicherung und die Kabelauflklärung sind Mittel der verdachtsunabhängigen Massenüberwachung. Von diesen Massnahmen sind alle betroffen! Auch Befürworter räumen ein, dass bei der Kabelauflklärung aus technischen Gründen der gesamte Datenstrom überwacht werden muss. Durch die Kabelauflklärung werden mehrheitlich Daten von unschuldigen Personen aufgezeichnet und ausgewertet.

Gefährlich: Mit dem Einsatz von GovWare/Staatstrojanern soll es dem Nachrichtendienst erlaubt sein, in fremde Computer einzudringen und Überwachungssoftware zu installieren: Kamera und Mikrofon können angezapft werden, Computer aus der Ferne durchsucht werden. Diese versteckte Hausdurchsuchung ist nicht nur grundrechtlich bedenklich, sondern auch der öffentlichen Sicherheit abträglich. Anstatt die IT-Sicherheit zu befördern, nutzt der Staat dieselben Schwachstellen, die auch von Kriminellen missbraucht werden.

Unvereinbar: Beim Nachrichtendienst des Bundes werden widersprüchliche Aufgaben zusammengefasst, die zu einem Zielkonflikt führen: Er ist einerseits Geheimdienst und damit zuständig für Spionage und Spionageabwehr. Gleichzeitig ist er Partner von ausländischen Diensten (wie z.B. den USA) und Akteur im international-geheimdienstlichen Datenhandel.

Unnötig: Für die Verfolgung von terroristischen Aktivitäten, organisierter Kriminalität, Proliferation, verbotenen Nachrichtendienst – und deren Vorbereitungshandlungen – sind jedoch bereits heute die Bundesanwaltschaft und die kantonalen Polizeibehörden zuständig. Darüber hinausgehende staatliche Überwachung ohne konkreten Verdacht unterhöhlt den Rechtsstaat.

Deshalb sagen wir: **Nein zum Ausbau der Überwachung – und Nein zum Nachrichtendienstgesetz!**



PLZ	Gemeinde	Kanton

Unterschrift	Kontrolle (Leerlassen)